

Fraktionsvorsitzende:

Haag, Alfons	CDU	(anwesend zu TOP 1)
Fiedler, Josef	SPD	
Hörst, Christopher	FDP	
Zenker, Veronika	PIRATEN	

Kreisausschuss:

Wilkes, Matthias	Landrat
------------------	---------

Gäste:

Dr. Bordon, Frida.	Leiterin des Staatlichen Schulamtes
--------------------	-------------------------------------

Verwaltung:

Medert, Martin	Finanz - und Rechnungswesen
Bartonitz, Erika	Amt für Soziales
Blume, Claudia	Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft
Schuster, Thomas	Eigenbetrieb Rettungsdienst (anwesend ab zeitweise TOP 2 bis TOP 3)
Zeißler, Nils	Auszubildender

Schriftführerin:

Schüßler, Helene	Bürgerservice, Kreisgremien, Presse, Vereine und Kultur
------------------	---

Herr Ausschussvorsitzender Reinhardt eröffnete um 17:05 Uhr die 17-024. Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales, begrüßte die Erschienenen und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1:

**Bildungs- und Betreuungsangebot Pakt für den Nachmittag;
Teilnahme von Schulen an der Pilotphase im Schuljahr
2015/16
Vorlage: 17-1602**

Herr Landrat Wilkes erläuterte die Eckpunkte des Bildungs- und Betreuungsangebotes "Pakt für den Nachmittag", an dem sich der Kreis als einer von sechs Pilotschulträgern beteiligt:

Das Förderprogramm des Landes stellt keine verpflichtende Ganztagschule, sondern ein freiwilliges Angebot dar. Für die Teilnahme an diesem Landesprogramm können sich Grundschulen und Grundstufen der Förderschulen bewerben.

Vom Schulträger war ein eigenes Rahmenkonzept zur Umsetzung des Angebots zu entwickeln. Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 09.02.2015 das Rahmenkonzept beschlossen, das danach den Schulen vorgestellt wurde. Bis Ende Februar konnten sich interessierte Schulen für eine Teilnahme bewerben und hatten dazu ein pädagogisches Konzept vorzulegen.

Für eine Teilnahme während der ersten Pilotphase haben sich 7 von 48 Schulen beworben (zum Vergleich: in der Stadt Frankfurt mit etwa doppelt so viel Einwohnern wie der Kreis und vielen Alleinerziehenden-Haushalten haben sich nur 10 Schulen beworben). Ein bereits bestehendes Angebot im Rahmen des Programms "Familienfreundlicher Kreis Bergstraße" sei sicher für Schulen auch ein Hemmschuh gewesen, sich für die Teilnahme am "Pakt für den Nachmittag" zu bewerben.

Für die Inanspruchnahme der Betreuungsangebote sollen von den Eltern Kostenbeiträge erhoben werden, da der Kreis den Trägern der Angebote nicht mehr Mittel zur Verfügung stellen könne. Es wird keine einheitlichen Elternbeiträge geben; sie sollen sich im Kostenkorridor wie bei dem Programm "Familienfreundlicher Kreis Bergstraße" bewegen.

Abschließend dankte Herr Landrat Wilkes dem Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft, dem Staatlichen Schulamt und der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen, namentlich Frau Blume, Frau Dr. Bordon und Herrn Medert für die geleistete Arbeit und die Kooperation bei der Erstellung des Rahmenkonzeptes.

Herr Abgeordneter Bitsch erkundigte sich, wie die Entscheidung der sieben Schulen für eine Teilnahme am "Pakt für den Nachmittag" zustande gekommen sei. Herr Landrat Wilkes berichtete, zunächst seien die Schulleitungen teilnahmeberechtigter Schulen über das Rahmenkonzept des Kreises zum Projekt unterrichtet worden, danach hätten Gesamt- und Schulkonferenz interessierter Schulen darüber beraten und positive Voten abgegeben. Die Eltern, insbesondere die Mütter seien im Abstimmungsprozess "treibende Kräfte" für eine Teilnahme am "Pakt für den Nachmittag" gewesen.

Herr Abgeordneter Fiedler kündigte die Zustimmung seiner Fraktion zum Beschlussvorschlag an, sah aber die finanzielle Belastung für den Kreis durch den "Pakt für den Nachmittag" kritisch. Bildung sei Aufgabe des Landes, nicht der kommunalen Ebene, und somit vom Land zu finanzieren, wie das auch in anderen Bundesländern Praxis sei. Eine Ganztagschule wäre zudem die bessere Lösung als das freiwillige Bildungs- und Betreuungsangebot "Pakt für den Nachmittag".

Auch Herr Abgeordneter Öhlenschläger bezeichnete Ganztagschule und -betreuung als eine Landesaufgabe und wies auf die Kostenentwicklung für den Kreis bei einer Zunahme der am Pakt teilnehmenden Schulen hin. Auf seine Frage, welche Einsparungen im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Schule und Gebäudewirtschaft für die Deckung der für 2015 bereitzustellenden Mittel für den Pakt vorgesehen seien, wurden von der Verwaltung keine konkreten Einsparungsmaßnahmen genannt.

Der Ausschuss für Schule und Soziales fasste folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Soziales nimmt die vorliegenden Bewerbungen der Schulen für die Teilnahme an der Pilotphase des Bildungs- und Betreuungsangebots "Pakt für den Nachmittag" im Schuljahr 2015/16 zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreistag,

1. den Bewerbungen der Schulen für die Pilotphase im Schuljahr 2015/16 für das Bildungs- und Betreuungsangebot "Pakt für den Nachmittag" und

2. dem damit verbundenen finanziellen Aufwand für den Kreis zuzustimmen sowie
3. die Verwaltung mit der Umsetzung des vom Kreisausschuss verabschiedeten Rahmenkonzepts zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 2: Unterbringung von Flüchtlingen im Kreis Bergstraße - Sachstand

Herr Ausschussvorsitzender Reinhardt erklärte, wegen der Erkrankung des zuständigen Dezernenten, Herrn Kreisbeigeordneten Schimpf, entfalle der vorgesehene ausführliche Bericht zur Unterbringung von Flüchtlingen.

Frau Bartonitz nannte einigen Zahlen zur aktuellen Situation im Kreis. Zum Stand 01.03.2015 seien zur Unterbringung von 1538 Flüchtlingen 65 Unterkünfte belegt, darunter auch vorübergehend das Gästehaus der Christoffel-Blindenmission und die Jugendherberge Zwingenberg. Für das 1. Quartal 2015 seien insgesamt bis zu 410 neue Flüchtlinge angekündigt.

Zur Bitte von Frau Dr. Bordon, das Staatliche Schulamt frühzeitig einzubinden, wenn eine zentrale Unterbringung von Flüchtlingen geplant werde und Schulen hiervon tangiert würden, erklärte Frau Bartonitz, der Kreis habe keinen Einfluss und erhalte auch vorher keine Informationen, welche Personen im Hinblick auf Herkunft, Alter oder familiäre Situation ihm zugewiesen würden.

Bei der anschließenden Beratung über die Situation im Kreis

- mahnten die Abgeordneten Herr Öhlenschläger und Herr Fiedler ein professionelles Betreuungskonzept für die Flüchtlinge an. Der Kreis stelle für die Betreuung zu wenig Personal, so dass diese fast ausschließlich von Ehrenamtlichen geleistet werde, die auf Dauer damit überfordert seien.
- berichtete Frau Bartonitz, die Flüchtlinge betreuten aktuell 10 Mitarbeiter und ein Betreuungskonzept werde derzeit erarbeitet.
- sah Herr Abgeordneter Dambier die Flüchtlinge auch als Chance für die wirtschaftliche Entwicklung im Kreis und regte Firmenpatenschaften an, um ihnen den Einstieg in die Beschäftigung zu erleichtern.
- monierte Herr Landrat Wilkes das nicht ausreichende Finanzierungskonzept des Gesetzgebers für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen. Im Kreishaushalt 2014 sei für die Erfüllung dieser staatlichen Aufgabe ein Defizit von rd. 4,5 Mio. € veranschlagt gewesen. Bereits beim Treffen mit den Dekanen im Dezember 2013 habe er die zunehmende Problematik der Unterbringung von Flüchtlingen thematisiert. Durch die Kirchen werde viel ehrenamtliches Engagement bei der Betreuung von Flüchtlingen organisiert.

